

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffmann und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. Österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstraße 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Deutschland.

* Berlin, 27. Febr. [Zur Habsburg-Hohenzollernschen Allianz] entwickelt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in einem langen Artikel (der Lothar Bucher zugeschrieben wird) die bis jetzt und gegenwärtig noch befolgte Politik Preussens in der Elberzogthümerfrage. Der Artikel enthält wieder scharfe Ausfälle gegen den „getreuen Allirten.“ Sein wesentlichster Inhalt ist folgender: Preußen, so wird ausgeführt, habe die Eroberungen am Belt nicht gesucht und sie wären auch für Deutschland entbehrlich gewesen, wenn Dänemark sich freiwillig den deutschen Stämmen angeschlossen hätte, auf die es seiner geographischen Lage nach ausdrücklich hingewiesen war. Als jedoch die fehlerhafte Politik Dänemarks Deutschland genöthigt habe, den Danebrag zurückzudrängen, sei für Preußen die Aufgabe erwachsen, die dem Feinde abgenommenen Länderstrecken in einer solchen Weise staatlich zu organisiren, daß dieselben einestheils bei einem politischen Zusammenstoß gegen Dänemark gedeckt seien und daß andererseits die neuen Grenzen Deutschlands keine Gefahr für den norddeutschen Großstaat brächten. Zu dieser Politik Preussens hätten sich sodann noch andere Bewerber auf dem Plage eingefunden. Zunächst die demokratische Partei, welche eingeständenermaßen diese große nationale Frage zu ihren eigenen Parteezwecken auszubenten in selbstfächtiger Weise bemüht gewesen sei, wenn sie auch dabei die Interessen Deutschlands im Auge hatte. Sodann die Mittelstaaten, welche „vom Standpunkte des jämmerlichen Particularismus“ am Bundestag gegen die preussische Politik in selbstfächtiger Absicht intrigirt hätten, um ihre Macht durch den neuen Kleinstaat zu verstärken. Ferner die augustinburgische Partei, von der zu sprechen überflüssig sei, da nur unter den „gutmüthigen Schwärmern in den Herzogthümern selbst“ von einer solchen Partei geredet werden könne. Endlich Oesterreich, der „Allirte“, dessen Politik das damalige ministerielle Organ, der „Votschafter“, dahin angegeben, daß das Wiener Kabinet die Allianz mit Preußen nur zu dem Zweck eingegangen sei, „um zu verhindern, daß Preußen nicht etwa die Früchte des Sieges allein davontrage“. Nicht die nationale Seite der Frage, „nur die Eifersucht gegen Preußen“ also habe Oesterreichs Truppen geführt. Gleichwohl sei diese zweideutige Allianz für Preußen doch so brauchbar gewesen, daß es ein Fehler gewesen wäre, sie nicht zu benutzen, denn sie habe sowohl die Einmischung des Auslandes wie etwaige Verwickelungen in Deutschland verhindert. „Hätte Preußen für preussische Zwecke das Schwert gezogen, so würde es vielleicht diese Allianz abgewiesen haben. Um Deutschlands willen acceptirte es dieselbe, und als die Thatsache vollendet war, kam es darauf an, sich mit dieser Allianz

auseinander zu setzen.“ Zu diesem Zweck habe Preußen seine Februar-Bedingungen formulirt. Oesterreich dieselben verworfen. Dieser Vorschlag habe den österreichischen Interessen zu wenig entsprochen. Denn nach dem inzwischen abgeschlossenen Gasteiner Vertrag scheine es, daß Oesterreich nach dem Beispiel der Mittelstaaten nichts mehr oder nichts weniger verlange, als die Schwächung Preussens in erster und die Schwächung Deutschlands in zweiter Linie. Der Artikel schließt:

Denn es bedarf keiner Auseinandersetzung, daß die Errichtung eines selbstständigen und dabei doch lebensfähigen, und im Falle eines Krieges widerstandslosen Kleinstaates, dessen Besitz in Feindeshand gleichzeitig die Nordsee und die Ostsee bedroht und die ganze untere Elbe bis Magdeburg den Feinden Preis giebt, eine Gefahr und eine Schwächung für Preußen und für Deutschland ist. Einen norddeutschen Großstaat würde es dann nicht mehr geben, Oesterreich würde in Deutschland allein herrschen. Einem solchen Politil gegenüber hat Preußen keine Wahl. Es hat eben so sehr die Pflicht, für seine eigene Sicherheit zu sorgen, als darüber zu wachen, daß die durch seine Anstrengungen erworbenen nationalen Erzeugenschaften für Deutschland in ihrer ganzen Ausdehnung erhalten bleiben; es hat zu wachen, daß weder diese Erzeugenschaften von den inneren Parteien zu ihren Zwecken angezogen und aufs Neue in Frage gestellt werden, noch daß sie ein Opfer der partikularistischen Politik der Kleinstaaten werden, noch daß sie endlich zu dem unmöglichen Veruche mißbraucht werden, den Schwerpunkt Deutschlands nach Wien zu verlegen. Und diese Pflicht, die der preussischen Politik zufällt, ist eine ernste, aber seiner deutschen Stellung um so würdigere. Das preussische Volk in allen seinen Schichten hat dies begriffen, und wird, ohne mit den Wimpern zu zucken, für dieselbe einstecken.

Traurig ist die Lage der Nation; unheil schwer steht in ihrer Mitte der Dualismus dynastischer Interessen. Aber dennoch wollen wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß das deutsche Volk selbstthätig eingreifend auf dem Plage sein wird, wenn die Stunde schlägt zum großen Entscheidungskampfe.

[Zur Elberzogthümerfrage] schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“, die Nachricht, daß eine preussische Antwort auf die österreichische Depeche vom 7. d. M. bereits abgegangen sei, wird von unterrichteter Seite als falsch bezeichnet. In Bezug auf die vom österreichischen Gesandten plötzlich erhobenen Bedenken gegen die Abmachungen der internationalen Kopenhagener Finanz-Commission, welcher Preußen, Oesterreich und Dänemark bereits zustimmten, wolle man nicht annehmen, daß dabei die Absicht im Spiele sei, einen Anlaß zu neuen Agitationen in den Herzogthümern gegen Preußen zu geben; es könne aber kaum fehlen, daß dieser Agitation durch jene Bedenken Vorstoß geleistet werde.

[Aus den Elberzogthümern,] aus Kiel, enthalten die „Hamburger Nachrichten“ eine telegraphische Depeche, nach welcher die dortige Landesregierung in einer Eingabe an die Statthaltertschaft zur Feststellung des Budgets die Hinzuziehung von 15 namentlich bezeichneten Notabeln,

meistens Mitgliedern der holsteinischen Stände, empfiehlt.

[Zu den Mobilmachungsgerüchten in Preußen] will die „Rh. Ztg.“ wissen, daß das General-Commando des 8. Armeecorps an mehrere rheinische Schlepsschiffabrt-Gesellschaften die Anfrage gerichtet habe, ob und wie viele Boote dieselben zu militärischen Zwecken zur Disposition zu halten im Stande seien.

[Das Revolutionärschen in Bucharest] scheint sich noch zu einem rumänischen Handel gestalten zu wollen, mit der Wahl des Grafen von Flandern durchaus nicht abgethan zu sein. So wird behauptet, die Proclamation des Grafen an Russ's Stelle bewende nur die vorläufige Verhüllung der Absicht Rußlands, den Prinzen v. Leuchtenberg zum Fürsten einzusetzen. Im Zusammenhang hiermit soll die Reise des russischen Votschafters in Paris, des Grafen Butberg, stehen, der dazu bestimmt sei, den Fürsten Gortschakoff zu ersuchen. Sodann werden auch die Truppenbewegungen in Kongresspolen damit in Verbindung gebracht. Es heißt in dieser Hinsicht, daß die Direction der Warschau-Wiener Eisenbahn avertirt worden sei, sich auf den Transport von 40-50,000 Mann Truppen gefaßt zu machen, und es wird an der Grenze von Sadowice ein Lager vorbereitet. Der „Proms. Ztg.“ meldet man von Stralkowo aus angeblich „authentischer“ Quelle, daß Rußland sogar mehrere Lager längs der Grenze des Großherzogthums Posen bilden werde. Auf der andern Seite wird aus Paris gemeldet: „Der Graf von Flandern hat in Paris bereits erklärt, daß er die ihm angebotene Krone Rumäniens nicht annehmen werde. Auch verlaute in governementalen Pariser Kreisen, daß eine solche Annahme nie die Zustimmung Frankreichs erlangen würde. Die Frage soll einer europäischen Konferenz überwiesen werden.“

* Wien, 25. Febr. [Ungarn. Die „Presse“, über die preussischen Drohungen und den „Bund.“] In Betreff Ungarns ist man neuerdings wieder guter Hoffnung: Die Ernennung eines Ungarischen Ministeriums, der erste wesentliche Schritt der Nachgiebigkeit, wird für die nächsten Tage erwartet — die Deutschen Länder freilich können noch etwas warten. Im Gegentheil ist davon die Rede, daß Graf Belcredi sein Verbleiben davon abhängig mache, daß nun auch verantwortliche Minister für Böhmen, Galizien, Croatien ernannt würden, womit natürlich auch jene Garantie verschwände, welche bei einer Zweitheilung des ganzen Reiches in den Sympathien liegen würde, die einige der Ungarischen Redner für eine Verständigung der Ungarischen und Deutschen Interessen auf dem Boden der Freiheit geäußert haben. — Die „Presse“ nimmt die kriegerischen Drohungen, die aus Preußen kommen, sehr ernst. Sie läßt sich aus Schlesien erzählen, daß in Neisse mit dem Aufgebot aller Kräfte an den Munitionsvorräthen gearbeitet werde, daß Preussische

Offiziere die Böhmisches und Mährisches Festungen sehr genau studirt hätten u. s. w. Die „Presse“ fügt hinzu: „Was wir Oesterreicher fürchten, ist nicht der Krieg mit seinen Kosten, es sind die Kosten ohne den Krieg. Diese Kosten ohne den Krieg, dies ewige Verunruhigen, Verführen, Beleidigen Oesterreich's, dies Hinhalten, Anzweifeln, Umgeben der Entscheidung von Preussischer Seite.“ Das Blatt rath Oesterreich an, in Berlin bestimmte Erklärungen zu fordern, gleichzeitig in Holstein die Stände zu berufen und — den Bund — sage: den Deutschen Bund! — „zur Mitentscheidung anzurufen.“ Diese Schritte, meint die „Presse“, würden „sehr bald“ Ordnung in den Herzogthümern schaffen!

* **Hamburg, 25. Febr.** [Große Volksversammlung durch den Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein.] Die Hamburger Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins hatten auf den 24. d. M. eine allgemeine Arbeiter-Versammlung einberufen. Dieselbe war äußerst zahlreich besucht. Man schreibt uns darüber aus Hamburg:

In dem neu erbauten Salon (Lübbe's Salon, Valentinskamp) waren mindestens 2000 Personen anwesend. Der Bevollmächtigte Berl eröffnete die Versammlung um 9/10 Uhr indem er eine längere einleitende Ansprache hielt. In derselben setzte er die Principien des Vereins auseinander und forderte namentlich die Gegner der Sache auf, sich zum Worte zu melden. Auf die Anfrage des Vorsitzenden, ob vielleicht der Herr Dr. Piza anwesend, erfolgte abseits des Herrn keine Antwort. Dieser Herr war speciell durch eine Annonce in den „Hamb. Nachrichten“ aufgefordert worden, in der Versammlung zu erscheinen, weil er der wahrscheinliche Verfasser eines vor längerer Zeit in dem hiesigen „Freischütz“ veröffentlichten Artikels ist, welcher die neueste Brochüre Schütze's sehr empfahl und darauf hin die Kassalener herausfordert, die Lehren ihres Meisters zu verteidigen und dann weil der Herr Dr. Piza sowohl im hiesigen Bildungs-Verein wie in der Typographia (Buchdrucker-Verein) Vorträge über diesen Gegenstand im Delitschianischen Sinne hält. Herr Berl bemerkte, es sei wohl klar, daß dieser Herr sich seiner Sache nicht gewiß sei, auch wohl nichts Wesentliches gegen und vorzubringen habe, sonst würde er nicht nur da immer sprechen, wo keine Gelegenheit zur Widerlegung seiner Ansichten gegeben sei, sondern sich wohl auch, da ihm Redneralt nicht durchaus nicht abgehe, in Arbeiterversammlungen nicht scheuen, seine Ansichten auszusprechen. Es würde den Bericht zu umfangreich gestalten, wollten wir auf jeden Redner näher eingehen. Alle Redner verteidigten die Principien des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins, in zum Theil begeisterten Rede. Auf der Seite, die zwei Redner (die Herren Steen und Damer) Schütze's Delitsch gegen die heftigen Angriffe anderer in Schutz nahmen, den unlängst im „Social-Demokrat“ veröffentlichten Artikel aus der „Coburger Arbeiter-Zeitung“, hinzufügend, daß es besonders zu rügen, daß andere Zeitungen trotz ihres lobenden Artikels in Bezug auf Schütze's Brochüre, dieses Artikels mit keiner Silbe erwähnten. Im Laufe der Debatte wurde von

Müller (Zigarrenarbeiter) eine Petition an den Senat und die Bürgerschaft um Einführung des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechts eingebracht, mit der Bemerkung, daß er sich davon freilich keinen Nutzen verspreche. Er wolle nur die Gesinnung und das politische Leben des Volkes dadurch constatirt wissen. Ford aus Harburg beantragte eine Resolution, dahin lautend: „Die Versammlung vom 24. Febr. in Lübbe's Salon in Hamburg erklärt, daß nur durch die Durchführung der von Lassalle aufgestellten Principien dem Arbeiterstande im Großen und Ganzen dauernd gebolfen werden kann und empfiehlt daher die Versammlung den Anschluß an den allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein.“ Von Rednern sind sonst noch besonders hervorzuheben: Auf der Seite, welcher sehr treffend bemerkte, Schütze habe zum ersten nicht einen Racheismus, sondern eine Fibel für die Arbeiter verfaßt und in seiner neuesten Schrift dem Hahn seiner Fibel das Ei untergelegt. Müller verurtheilte die Schütze'schen Ansichten zu verteidigen, indem er glaubte, zuvörderst müsse die materielle Lage der Arbeiter gebessert werden und dann erst könnten sie an die Erringung politischer Freiheit denken. Diese Schwachen und wenn auch wohlgemeinten, so doch nicht recht klaren Ansichten wurden von Stoczka in längerer und feinerer, oft von Beifallsbezeugungen unterbrochener Rede, ebenfalls von Bret und Spengler, gründlich widerlegt. Die Abstimmung ergab, daß die von Pizel beantragte Resolution mit allen gegen 1 Stimme angenommen und die Petition ebenfalls gegen 8 Stimmen genehmigt wurde. Gegen 1 Uhr Mitternachts wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen, worauf trotz der vorgedrungenen Zeit noch zahlreiche Einzelzeichnungen in die Listen des Vereins erfolgten. Mit dem günstigen Erfolge dieser wirklich großartigen Versammlung nimmt unsere Sache auch hier in Hamburg wieder einen doppelt frischen Aufschwung.

Möge man überall wieder frisch Hand an's Werk legen!

Ausland.

* **Paris, 25. Febr.** [Tagesbericht: Europäische Konferenzen. Mexikanisches. Die Prügelstrafe in Rom. Das „Evénement“ und Girardin. Der Luxembourggarten.] Aus zuverlässiger Quelle hört man, daß Frankreich entschlossen ist, Angesichts der veränderten Lage in den Donau-Fürstenthümern die Zusammenberufung der Konferenz zu beantragen. Wahrscheinlich wird Paris der Versammlungsort sein. Sowohl dem hiesigen Ministerium wie sämtlichen Gesandtschaften kam die Nachricht von dem Sturze Kusas völlig unerwartet. Jedoch ist es leicht begreiflich, daß jetzt, wo die Thatfache da ist, die verschiedenartigsten Enthüllungen, Gerüchte und Conjecturen aufstauen. So sagt man, daß vor einiger Zeit mehrere Moldo-Walachen in geheimer Mission hier angelangt wären und, den Fall Kusa's als gewiß voraussetzend, mit dem Prinzen Napoleon wegen etwaiger Nachfolge verhandelt hätten, damit ihr Vaterland, wenn möglich, nicht den Gefahren eines Interregnums verfiel. Der Prinz hätte indeß

diesen Vorstellungen nur geringe Beachtung geschenkt. — Die mit großer Spannung erwartete Antwort des amerikanischen Kabinetts auf die letzte, vom 9. Januar datirte Depesche des Hrn. Drouyn de Lhuys soll morgen oder am Montag hier eintreffen. — Wie in Frankreich, so war man in Rom selbst so fest überzeugt, die Prügelstrafe sei noch in der päpstlichen Armee an der Tagesordnung, daß in der ewigen Stadt eine Petition im Umlauf war, worin um Abschaffung dieser Einrichtung gebeten ward; die römische Polizei ließ diese Petition wegnehmen und unterdrücken. Jetzt stellte der französische Gesandte an Antonelli eine amtliche Anfrage darüber, worauf, wie der „Moniteur“ heute anzeigt, „Seine Eminenz erklärte, daß die Prügelstrafe in der päpstlichen Armee nicht mehr bestehe.“ Wann sie aufgehoben, sagt der „Moniteur“ nicht. — Das „Evénement“ wurde gestern bei allen Journalverkäufern mit Beschlag belegt, weil es einen Artikel über Girardin's Rücktritt enthielt. Es meinte, man könne nicht wissen, ob der Abdankung von Fontainebleau nicht eine Rückkehr von Elba folgen werde. Dieser Vergleich mißfiel, und es wurde confiscirt. — Der „Moniteur“ veröffentlicht heute den Plan, von dem der Kaiser in seinem Luxembourggarten gesprochen. Derselbe ist wenig verschieden von dem ursprünglichen, und die schönen Bäume der Baumschule fallen danach weg. Dieses erbittert um so mehr, als die Vernichtung gerade dieses Theiles des Gartens am meisten bedauert wird.

— 26. Febr. [Neuestes.] Im gesetzgebenden Körper hat heute die Adress-Debatte begonnen. Thiers bekämpft die innere Politik, verkündet die individuelle Freiheit, sowie die Presse und des Vereinswesens, verlangt die Verantwortlichkeit der Minister und das Recht der Interpellation, als das für das Land notwendige Minimum. Graf Latour spricht darauf für den Adressentwurf.

* **London, 25. Febr.** [Die Vorgänge in Irland. Parlaments-Verhandlungen.] Trotz des weiten Spielraumes, welchen die Suspension des Habeas-Corpus gewährt, hätten sich die irischen Behörden doch sehr, zu scharf aufzutreten. An dem einen Samstag, als die Acte außer Kraft gesetzt wurde, versicherte sich die Polizei zwar angeblich mehrerer Hunderte von vermuthlichen Schwärzern; seitdem aber begnügt sie sich mit vereinzelten Verhaftungen, welche sich an einem Orte nur selten über ein halbes Duzend erheben. Unter anderen Verdächtigen sind auch zwei frühere amerikanische Offiziere, O'Connell und Condon, zur Haft gebracht worden. Der Soldat Dillon, welcher bei dem Angriffe auf die Polizei in Glenane seine Feuerwaffe gebraucht hat, ist gleichfalls gefangen; der bei dem Zusammenstoße verwundete Polizist aber

Feuilleton.

Sociale Prieft.

III.

Den Arbeiter zu seinem eigenen Unternehmern machen — das bedingt: die Verbindung der Consumtion mit der Production zu einem einheitlich gegliederten organischen Ganzen. —

Zwischen Production und Consumtion liegt die trübe Sphäre, welche gelichtet, in welche Klarheit und Ordnung gebracht werden muß — in dieser Sphäre schwebt der sociale Kampf, zwischen Arbeit und Kapital — der sociale Krieg — die organisirte bewusste Ausbeutung — da ist die Ursache des Leidens der Menschheit. Dringend fordert das physische — dringender noch das moralische Element, Abhilfe. —

Der weltumgestaltende Begriff: die Arbeit zu ihrem eigenen Unternehmern zu machen — die Production mit der Consumtion zu einem einheitlich gegliederten Ganzen zu verbinden — erfordert ein Gesetz, welches in seinen Grundzügen aufgestellt, dem Arbeiter nicht allein sein persönliches Interesse dabei klar vor Augen stellt — sondern ihm ebenso die volle Ueberzeugung giebt, daß ein solches Gesetz nur durch Erlangung des allgemeinen Wahlrechts zu Stande kommen kann. Auf diesem noch wenig betretenen Pfade aber weiter zu gehen — sich den Augen von Freund und Feind gleich sehr anzuschließen — von dem einen mißverstanden, von dem anderen mißdeutet zu werden — das erfordert: sich selbst sehr klar

darüber zu werden, ob der zu machende Schritt auch durch alle Umstände vollständig gerechtfertigt ist und sicher zum Ziele führen wird. Angesichts der heutigen Zustände in der menschlichen Gesellschaft — in politischer — religiöser und finanzieller Beziehung — bei dem fast sinnverwirrenden Kampf der Einzelnen und Klasseninteressen untereinander und namentlich gegen eine Unterordnung unter ein höheres Gesetz kann nur eine große welterschütternde Bewegung den Moment herbeiführen, in welchem sich die Menschheit von jahrtausendlangem Druck und Gewohnheiten losmacht und neue Bahnen einschlägt, die auf dem Bedürfnis ihres innersten Wesens beruhen müssen, um zum Ziele zu führen.

Aber damit der einmal gewiß eintretende große Moment nicht ein kleines Geschlecht finde — dürfte es nicht ohne Nutzen sein — die Grundgedanken zu dem Entwurf eines Gesetzes für die Arbeit, anzulegen.

Und hier sind wir an dem Punkt angekommen, wo die Frage brennt — wo der eigentliche Kampf besteht — aber wir müssen wissen: warum und wofür wir kämpfen.

Die Wahrheit ländigt sich immer als Feindin des Bestehenden an, sie tritt immer gespenstisch in die Welt — jede Entdeckung in dem unerschöpflichen Gebiet des Zusammenhanges und Zusammenwirkens, alle Dinge wurden stets nur von dem in ihrer ganzen Größe und in ihren Folgen erkannt — den sie mit jenem hohen Bewußtsein erfüllten, welches ihm die Siegesgewißheit über alle Bedenken seiner Zeitgenossen gab — den Muth, aber sie hinwegzuschreiten, weil sie nicht fähig waren, ihm zu begreifen — vielmehr die ausgesprochene Wahrheit für verderblich erklärten, weil sie ihre Interessen störte — so die Einführung des Christen-

thums — die Reformation — die Entdeckung von Amerika — die Anwendung der Dampfkraft u. s. w.

Aber die Form zu finden, wenn auch das Wesen erkannt ist, das ist die Schwierigkeit und doch soll einmal das ewig gültige Wort zur Wahrheit werden: daß Alle Menschen dazu berufen und bestimmt sind, glücklich zu sein und zwar durch eine in der Einrichtung ihrer Gesellschaft gesetzlich begründete Sicherheit ihrer Existenz und Entwicklung ihrer Anlagen — beruhend auf der persönlichen Thätigkeit eines Jeden.

Nun betrachtet aber einmal die heutigen bloß auf gegenseitiger Ausbeutung begründeten Zustände und sehr, wie sie sich vom Begriff des Ganzen bis in's Kleinste nach diesem Gesetz der gegenseitigen Ausbeutung geordnet haben und für die Heiligkeit ihrer bestehenden Ordnung Alles in Anspruch nehmen! —

IV.

Es hat der Dampf in der Welt so lange existirt, als das Feuer zum Kochen des Wassers benützt ist — als aber Salomon de Caus die ihm auffallende Kraft des Dampfes beobachtet hatte, und practisch anwenden wollte, als er behauptete, damit Maschinen herstellen zu können, welche Schiffe und Lastwagen bewegen sollten — wurde er als wahnsinnig in ein Irrenhaus gesperrt — als aber nach ihm James Watt die Dampfmachine erfand und Stephenson seine Dampfwagen auf eiserne Schienen stellte — da erst wurde die Entdeckung der Kraft des Dampfes für die menschliche Thätigkeit und Existenz nutz- und dienlich — und von den Millionen, die heute in allen ihren Verhältnissen dadurch berührt und bestimmt werden, haben nur Wenige eine Ahnung